

**No. 30
November 2014**

Kontinuitäten neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Krise

**Die Austeritätsdebatte als Spiegelbild diskursiver
Machtverwerfungen innerhalb der Ökonomik**

Stephan Pühringer

**Institute for Comprehensive
Analysis of Economy**

**Institut für
die Gesamtanalyse der
Wirtschaft**

**Johannes Kepler
Universität Linz**

Altenbergerstraße 69
4040 Linz
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at
www.icae.at

Kontinuitäten neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Krise.

Die Austeritätsdebatte als Spiegelbild diskursiver Machtverwerfungen innerhalb der Ökonomik.

Stephan Pühringer*

1. Folgen und Nicht-Folgen der Krise

Nach mittlerweile fast sechs Jahren befindet sich Europa in einer massiven und tiefgreifenden Wirtschaftskrise, die sich vor allem auf den Arbeitsmärkten als persistent erweist und soziale Disparitäten auf nationaler, vor allem aber auch EU-weiter Ebene forciert. Als unmittelbare Reaktion auf die Krise, die durch eine Hochphase neoliberaler Wirtschaftspolitik mit Deregulierungen, Finanzialisierungen, Abbau von Kontrollinstanzen und Ökonomisierung sozialer Leistungen mitverursacht wurde, kam es zu einer kurzen Phase der Kritik an zentralen neoliberalen Dogmen wie etwa den Selbstheilungskräften der Märkte. Für kurze Zeit schien Politik die Deutungs- und vor allem Handlungsmacht über die Wirtschaft wieder erlangen zu können und schien sich auch ein „Window of Opportunity“ für alternative wirtschaftspolitische Konzepte zu öffnen. Dass die Krise gerade auf den wenig regulierten Finanzmärkten ausbrach schien zusätzlich Evidenz dafür zu liefern, dass die durch massives Lobbying der Finanzindustrie propagierte Losung der „Freiheit für die Märkte“ in Misskredit geraten werde.

Auch innerhalb der Ökonomik als der zentralen Referenzwissenschaft für den Neoliberalismus stellte der Ausbruch der Krise zunächst eine Zäsur dar. Es folgte eine Welle der Kritik an ökonomischen Expertisen, was etwa in der Frage der englischen Königin, warum ihre ökonomischen BeraterInnen die Krise nicht vorhergesehen hatten, zum Ausdruck kam¹. Einerseits kam also die Ökonomik als wissenschaftliche Disziplin in Misskredit, weil die dominanten neoklassischen Standardmodelle immer mehr von realpolitischen Verhältnissen abstrahieren und alternative theoretische Ansätze

* University of Linz, Institute for Comprehensive Analysis of Economy, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz. stephan.puehringer@jku.at.

¹ Gerade zu Beginn der Krise wurde aber auch unter bedeutenden ÖkonomInnen Stimmen laut, die sich mit der Verantwortung ökonomischer Expertisen für die Krise auseinandersetzen (Acemoglu 2009, Schneider/Kirchgässner 2009, Sinn 2009)

systematisch verdrängt wurden und werden (Colander et al. 2009, Krugman 2009). Andererseits wurde aber auch im Zuge der Krise aufgearbeitet, wie einzelne ÖkonomInnen im Auftrag ökonomisch mächtiger FinanzakteurInnen massiven Einfluss auf richtungsweisende politische Entscheidungen bzw. auch die Ausgestaltung von Märkten generell genommen und dabei Interessenskonflikte zwischen wissenschaftlicher Integrität und wirtschaftlichen Interessen verschwiegen haben (MacKenzie et al. 2007 zur Wirkungsgeschichte des Black-Scholes-Modells für Finanzmärkte, Epstein/Carrick-Hagenbarth 2010, Carrick-Hagenbarth/Epstein 2012 sowie Ferguson 2010 zu den Verstrickungen von ÖkonomInnen in (Finanz-)Konzernen).

Vor allem im massenmedialen Diskurs wurde die Verantwortung für die Krise einzelnen AkteurInnen (etwa den „gierigen Bankern“) oder dem außer Kontrolle geratenen Finanzsystem generell zugeschrieben. Nachdem im Zuge der Rettungsprogramme dann auch die Volumina der Unterstützungszahlungen für in Not geratene Finanzinstitute bekannt wurden, regte sich öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Widerstand, der sich in Losungen wie „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gegen die „Sozialisierung von Verlusten“ bei vorheriger „Privatisierung von Gewinnen“ wandte.

Zusammenfassend schienen also die Zeichen auf politischer, wissenschaftlicher wie auch medialer Ebene günstig für tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen und eine Abkehr von neoliberalen wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Sechs Jahre nach dem Ausbruch der Krise scheint indes zumindest auf EU-Ebene neoliberal orientierte Wirtschaftspolitik dominanter denn je zu sein. Es kann vielmehr auf mehreren Ebenen, trotz widersprechender empirischer Evidenz ein „Befremdliches Überleben des Neoliberalismus“, wie Crouch (2011) es nennt, konstatiert werden.

Diesem Befund folgend wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, wie es vor allem im deutschsprachigen Raum so schnell gelingen konnte, eine Debatte über die systemischen Ursachen, sowie deren wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitischen Implikationen zu verhindern und sehr schnell zu einer austeritären Nach-Krisenpolitik übergehen zu können.

Der Artikel gliedert sich daher folgendermaßen: Zunächst wird umrissen, auf welchem theoretischen Konzept von Freiheit neoliberale Wirtschaftspolitik bzw. die neoliberale „Freiheit“-Lösung basiert. Danach werden die Auswirkungen der Krise bzw. vor allem der europäischen Krisenpolitik beleuchtet. Abschließend werden die Entwicklung der EU-Austeritätspolitik und die diskursiven wie auch realpolitischen Machtverhältnisse, die sich darin reflektieren, aufgezeigt.

2. Exkurs: Wirtschaftliche Freiheit im Neoliberalismus

Der Term Neoliberalismus ist seit seiner erstmaligen Verwendung als Selbstbezeichnung der Gründungsväter der Mont Pelerin Society (MPS) – dem zentralen Knotenpunkt neoliberaler Think Tanks weltweit (Mirowski/Plehwe 2009, Nordmann 2005) – heftig umstritten. Im deutschsprachigen Raum wird neoliberal als Zuschreibung für wirtschaftsliberale Politikprogramme fast ausschließlich von seinen GegnerInnen verwendet. Die Einschätzung einiger KommentatorInnen, die unmittelbar nach Ausbruch der Krise von einem Ende des neoliberalen Zeitalters sprachen, zielten daher auch auf die schon eingangs beschriebenen Deregulierungs- und Privatisierungsprogramme ab. Die politische Wirkmächtigkeit des Neoliberalismus ist eng verbunden mit der Machtergreifung Thatchers und Reagans in GBR bzw. den USA Anfang der 1980 Jahre, deren wirtschaftspolitische Programme wiederum indirekt bzw. teilweise auch sehr direkt von den beiden neoliberalen Gründungsvätern Friedrich August von Hayek und Milton Friedman geprägt wurden. Für Österreich und Deutschland ist eine solch massive neoliberale Wende zwar nicht eindeutig zu datieren, es kann aber ebenfalls ein Erstarken wirtschaftsliberaler Positionen seit den 1980ern konstatiert werden (Grisold et al. 2010, Gall 2013). Bevor anhand einiger Beispiele von in der wirtschaftspolitischen Beratung tätigen Institutionen und Think Tanks die Dominanz neo- und ordoliberaler ÖkonomInnen darin aufgezeigt wird, wird zuvor noch die theoretische Fundierung neoliberaler Wirtschaftspolitiken im neoliberalen Freiheitsverständnis von Hayek und Friedman verortet. Dabei wird primär die Kontrastierung zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit bzw. auch wirtschaftlicher Freiheit und Demokratie aufgezeigt, da sich darin auch das neoliberale Politikverständnis manifestiert, dass in diesem Beitrag als zentrales Kennzeichen europäischer Nach-Krisenpolitik argumentiert wird.

Politische Freiheit ist für Hayek aus mehreren Gründen konträr zu seinem Verständnis von individueller Freiheit, die sich maßgeblich über ihren Grad an wirtschaftlicher Freiheit bestimmt. Die Abgrenzung findet indes auf zwei Ebenen statt. Einerseits anerkennt er die politische Freiheit zwar als Wert, der verfolgt werden sollte. Dabei bezieht er sich auf das Recht der BürgerInnen auf Beteiligung bei Wahlen und anderen demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen. Andererseits habe „politische Freiheit im Sinne von Demokratie (...) weniger mit individueller Freiheit zu tun und (steht) oft in direkten Konflikt zu ihr.“ (Hayek in Habermann 2008:15). Damit tut sich ein fundamentaler Widerspruch auf, denn „ein in diesem Sinne freies Volk ist nicht notwendig ein Volk freier Menschen, und man braucht nicht an dieser kollektiven Freiheit teilhaben, um als Individuum frei zu sein.“ (Hayek 1971:18) Dadurch wird auch das gespannte Verhältnis Hayeks zur Demokratie offensichtlich (Kapeller/Pühringer 2012). Die Rechtskonzeption Hayeks basiert auf der „rule of law“, der „Herrschaft des Rechts“. Dieses oberste Recht steht gleichsam über den Entscheidungsbefugnissen der Regierung

und des Volkes und garantiert alleine die „Gesellschaft freier Menschen“, Hayeks Konzeption eines liberalen Utopias, das er in mehreren Schriften entwirft (etwa Hayek 1949, 1971, 1981).

Zunächst ist für Hayek, wie für alle liberalen Strömungen kennzeichnend, dass immer einzelne Individuen TrägerInnen der Freiheitsrechte sind². Hayek geht aber noch einen Schritt weiter als etwa Mill, indem er nicht nur den Freiheitsdiskurs alleine auf das Individuum fokussiert, sondern das Individuum auch bei der Analyse gesellschaftlicher Phänomene als die einzige Analyseinstanz betrachtet wird. Dieser Denktradition folgend tätigte etwa Margaret Thatcher den prägenden Ausspruch: „There is no such thing as society.“ „Gesellschaft“ ist in der Konzeption Hayeks nur die Summe der egoistisch agierenden Individuen. Ähnlich argumentiert etwa auch Milton Friedman (2002:35): „Als Liberale sehen wir in der Freiheit des Individuums und vielleicht noch in der Freiheit der Familie das höchste Ziel aller sozialen Einrichtungen“.

Daher wird die politische Freiheit, die von Hayek als eine Art „kollektive Freiheit“ verstanden wird, im neoliberalen Diskurs eindeutig nachrangig zur individuellen Handlungsfreiheit, die wiederum eng mit wirtschaftlicher Freiheit verbunden ist, behandelt. Friedman (2002:18) behauptet daher auch, „dass zwar die wirtschaftliche Freiheit eine notwendige Voraussetzung für bürgerliche und politische Freiheit ist, jedoch die politische Freiheit (...) keine Voraussetzung für die wirtschaftliche und bürgerliche Freiheit ist“³.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass für Hayek wie auch für Friedman politische Freiheit und die damit verbundenen kollektiven Rechte immer nachrangig zur individuellen, wirtschaftlichen Freiheit betrachtet werden und damit ein Primat von Marktmechanismen über politische Entscheidungsfindungsprozesse theoretisch fundiert wird.

3. EU-Krisenpolitik als Austeritätspolitik

Betrachtet man die Gründe, die zum Ausbruch der Finanzkrise geführt haben, wie etwa die mangelnde Regulierung und zu großes Vertrauen in die „Selbstheilungskräfte“ der (Finanz-)Märkte sowie zunehmende Vermögens- und Einkommensungleichheit, so lassen sich viele dieser ebenfalls auf eine Überbetonung wirtschaftlicher Freiheit in der Hochphase neoliberaler Wirtschaftspolitik in

² Wobei hier generell nur Freiheit in marktwirtschaftlichen Prozessen verstanden wird. Unbezahlte bzw. nicht marktförmig organisierte Arbeiten (etwa Reproduktionsarbeit) wird hingegen nicht thematisiert, womit VerrichterInnen von Arbeit in diesen Bereichen, in denen meist ein Geschlechterungleichgewicht besteht, gar nicht die Voraussetzungen erfüllen, ökonomische Freiheit in Anspruch zu nehmen.

³ Diese Überzeugung liefert auch die Begründung dazu, dass Mitglieder der Chicago School of Economics unmittelbar nach dem Sturz der demokratisch gewählten, kollektivistisch orientierten Regierung Salvador Allendes in Chile 1973 die Wirtschaftspolitik der Militärjunta und Augusto Pinochet mitgeprägt haben (Klein 2007).

den letzten Jahrzehnten zurückführen. Anstatt aber Konsequenzen und Lehren aus der Krise zu ziehen und eine fundamentale Neuorientierung wirtschaftspolitischer Konzepte zu forcieren, kann in Europa eher ein Trend hin zu einer Zuspitzung neoliberaler Wirtschaftspolitiken konstatiert werden. So verpflichten Rechtsakte wie der Europäische Fiskalpakt einzelne Staaten zu harten Sparprogrammen, die sich gerade in von der Krise besonders betroffenen südeuropäischen Staaten massiv auswirken und zu einem (schleichenden) Abbau des Sozialstaates führen (Oberndorfer 2012a, b).

Generell kann am Beispiel des Fiskalpakts gezeigt werden wie ein neoliberales Politikverständnis auf europäischer Ebene wirksam wurde. So werden mit dem Inkrafttreten des Fiskalpakts Austeritätsprogramme, wie etwa die Schuldenbremsen und die automatischen Korrekturmechanismen bei Überschreiten des maximal erlaubten strukturellen Defizits von 0,5% des BIP rechtlich bindend gemacht und gleichzeitig die Kompetenzen zur Überwachung des Einhaltens der Vertragsbedingungen an die demokratisch kaum legitimierte Europäische Kommission übertragen. Damit wird auf Dauer die wirtschaftspolitische Debatte über Budgetdefizits verhindert, was auch der Grundintention der deutschen Kanzlerin Merkel entspricht, der es darum geht, „dass die Schuldenbremsen dauerhaft in die Rechtsordnungen eingefügt werden, dass sie bindend und ewig gelten“ (Ö1-Morgenjournal vom 31.1.2012). Zudem bekommt die EU-Kommission über Modifikationen einzelner Variablen im Schätzverfahren für den Potentialoutput auch die Möglichkeit auf das strukturelle Defizits einzelner Staaten zu wirken (Schulmeister 2012). Durch die Sanktionsmechanismen des Fiskalpakts haben solch veränderte Schätzungen enorme wirtschaftspolitische Auswirkungen. Mathieu/Sterdyniak (2010:15) sprechen in diesem Zusammenhang auch davon dass, „a technical issue (...) becomes a political one“. In der politischen Debatte über den Fiskalpakt war eines der zentralen Argumentationsmuster, dass das „Schuldenmachen“ beendet werden müsste und man zu lange „über die Verhältnisse gelebt hätte“ (Pühringer 2014). Das spiegelt einerseits die Einschätzung der deutschen Kanzlerin Merkel zur Ursache der Finanzkrise schon im Dezember 2008: „Man hätte hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg, einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Die hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“ Andererseits ist diese Fixierung auf die Höhe der Staatsschulden auch Folge eines diskursiven Umdeutungsprozesses der Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise (Neubäumer 2011, Turowski/Mikfeld 2013). Obwohl der Anstieg der Staatsschulden in fast allen europäischen Staaten als unmittelbare Konsequenz der Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme von 2008 und 2009 gesehen werden muss (Mathieu/Sterdyniak 2010, Mittnik/Semmler 2013), verlief dieser Umdeutungsprozess zumeist ohne großen öffentlichen Widerspruch.

Das Argumentationsmuster die Krise auf eine Staatsschuldenkrise zu reduzieren und somit auch die Bekämpfung oder Eindämmung der Staatsschulden als empirisch erwiesene Notwendigkeit wissenschaftlich zu rechtfertigen, fußte dabei maßgeblich auf der unter Mainstream-ÖkonomInnen verbreiteten neoklassischen Argumentation, dass ein absoluter, ökonomisch gefährlicher Schuldenhöchststand existiert. Auf politischer Ebene waren hierfür vor allem die Arbeiten der beiden amerikanischen ÖkonomInnen Reinhart und Rogoff (2010a, b) einflussreich, die ab einer Grenze von 90% Schuldenstand gemessen am BIP wirtschaftliche Stagnation konstatieren. So verwies der deutsche Finanzminister Schäuble mehrmals auf die Studie, um restriktive Sparmaßnahmen zu begründen⁴ und auch der deutsche Ökonom und Präsident der Bundesbank Jens Weidmann bezog sich mehrmals auf die Studie.

Die Studie von Reinhart/Rogoff war also eine der zentralen Grundlagen der wissenschaftlichen Absicherungen für die EU-Austeritätspolitik. Dies ist nicht nur deshalb von großer Bedeutung, weil der Studie gravierende Rechenfehler nachgewiesen werden konnten, wodurch die 90%-Grenze bedeutungslos wird (Herndon et al. 2013) und sie dadurch wissenschaftlich aber auch medial diskreditiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren Eckpfeiler der Austeritätspolitik der EU, wie etwa der Fiskalpakt, schon beschlossen und ihre gravierenden Auswirkungen für „EU-Krisenstaaten“ waren bereits absehbar.

Besonders dramatisch zeigen sich die Auswirkungen europäischer Austeritätspolitik in Griechenland. So hat sich nach zwei kürzlich erschienenen Studien (Kondilis et al. 2013, Kentikelenis et al. 2014) in den Jahren nach der Krise in Griechenland die Zahl der Selbstmorde um 45% und die Zahl der Totgeburten um 21% erhöht. Zudem hat sich die Anzahl an an Depressionen erkrankten Personen verdoppelt und die Zahl an Nicht-Krankenversicherten stark zugenommen. Projekte wie die 2011 gegründete „Klinik der Solidarität“ als Versuch medizinische Basisversorgung sicherzustellen zeigen, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen nach sechs Jahren EU-Krisenpolitik mittlerweile nicht mehr im Stande sind basale Existenzsicherung zu garantieren. In Spanien wiederum ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit enorm angestiegen und liegt im Durchschnitt weit über 50%. Wie im aktuellen OECD-Bericht „Society at a Glance“ (2014) ausgeführt wird, hat die Krise und die darauf folgende Austeritätspolitik aber auch massive Auswirkungen auf die individuelle Lebenssituation. So sank vor allem in den von der Krise stärker betroffenen südeuropäischen Staaten die subjektive Lebenszufriedenheit, sowie die Zukunftsaussichten. Gleichzeitig gaben mehr Menschen an, nicht

⁴ Etwa in einer Rede vor dem deutschen Bundestag am 6.9. 2011: „Man muss daran erinnern, dass die US-Ökonomen Reinhart und Rogoff vor Kurzem in einer viel beachteten Studie dargelegt haben, dass das Wirtschaftswachstum ab einem bestimmten Verschuldungsgrad durch öffentliche Verschuldung gedämpft wird.“ (Zeit vom 4.7. 2013)

mehr zum Arzt zu gehen, wenn sie krank sind, weshalb auch die (staatlichen und privaten) Gesundheitsausgaben entgegen dem Vor-Krisen-Trend massiv gefallen sind. In Griechenland etwa von 2010 auf 2011 um durchschnittlich 11%. Gleichzeitig hat sich in Spanien, Irland und Griechenland auch die Zahl der Menschen, die in einem Haushalt ohne reguläres Einkommen leben verdoppelt. Aber auch in Österreich ist die Arbeitslosigkeit auf ihrem historischen Höchststand. Gleichzeitig ist in fast allen europäischen Staaten bei sinkenden Reallöhnen ein Ansteigen der Zahl der MillionärInnen (Valluga 2010) und generell ein Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zu beobachten. Die Zunahme der Ungleichheit ist dabei schon in den Jahren vor der Krise zu beobachten (Atkinson 2008) und wird oft auch als ein Mitgrund für die Krise interpretiert. Dabei ist auch zu beachten, dass viele Folgen der Krise erst mittel- bis langfristig wirksam werden und die Krise sich bisher als persistent erweist. So wird auch im OECD-Bericht (2014:11) ausgeführt: "It is still too early to quantify the longer-term effects on people's health, but unemployment and economic difficulties are known to contribute to a range of health problems, including mental illness".

4. Die Austeritätsdebatte im massenmedialen Diskurs

Nachdem im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, dass die EU-Austeritätspolitik massive soziale Disparitäten zur Folge hat während gleichzeitig die Vermögens- und Einkommensungleichheit bei sinkenden oder stagnierenden Reallöhnen in fast allen europäischen Staaten zunimmt, stellen sich zwei Fragen. Wie ist es erstens gelungen die Finanzkrise diskursiv in eine Staatsschuldenkrise mit damit einhergehender Verlagerung der Verantwortung für die Krise auf eine „Politik des Schuldenmachens“ umzudeuten? Und welche Argumentationsmuster wurden zweitens für die Unterstützung der Austeritätspolitik vorgebracht?

Während in der öffentlichen Debatte die größte Krise der Nachkriegszeit vor allem in ihrer Anfangszeit zum Teil auch als Krise des neoliberalen Kapitalismus diskutiert wurde, setzte sich bald die Deutung durch, die Krise als Konsequenz politischer Ineffizienz und staatlichem Interventionismus und Paternalismus zu sehen. Im deutschsprachigen massenmedialen Diskurs in Qualitätsmedien wurde zunächst starke Kritik an den ungezügeltten Finanzmärkten laut, die zu dieser „amerikanischen Krise“ geführt hätten, die dann auch Europa „angesteckt“ hätte. Es wurden daher auch Forderungen laut, die Freiheit der (Finanz-)Märkte einzugrenzen. Mit den beiden Konjunkturprogrammen Ende 2008 und Anfang 2009 wurden zudem Staaten auch auf wirtschaftspolitischer Ebene aktiv. Allerdings wurde gleichzeitig mit der deutschen Schuldenbremse schon einer der Eckpfeiler der in den nachfolgenden Jahren europaweit dominierenden Austeritätspolitik verabschiedet.

Zunächst war aber auch innerhalb der Ökonomik eine kurze Zäsur zu beobachten. Gerade jene Theorien, die die Grundlagen für das moderne Finanzsystem dargestellt haben, wie etwa die Efficient Market Hypothesis von Eugene Fama oder das Black-Scholes-Merton Model, wurden auch öffentlich kritisiert. So schreibt selbst die Neue Zürcher Zeitung, die seit jeher enge Kontakte zu neoliberalen Think Tanks unterhält im August 2009: „Die Folgen des Crashes sind so tiefgehend und schmerzhaft, dass die ursprünglich rein akademische Diskussion über die These von der Effizienz der Märkte nun auch Notenbankler, Regierungsvertreter und Parlamentarier erfasst hat.“ Neben einer schon beschriebenen Welle der öffentlichen Selbstkritik zur Rolle der Ökonomik von etablierten ÖkonomInnen sind auch die Gründung des Institute of New Economic Thinking (INET) oder die Verleihung des Nobelpreises an den „moderaten“ Keynesianer Krugman⁵ 2008 das neoklassische Paradigma innerhalb der Ökonomik ebenfalls eine Krise zu durchlaufen hatte. Dass von dieser Krise innerhalb der Ökonomik schon nach wenigen Jahren nicht mehr viel an Substanz übrig geblieben ist, mag alleine schon die Verleihung des Nobelpreises an Eugene Fama 2013 veranschaulichen.

Auf diskursiver Ebene zeigte sich schon in der Debatte um die Schuldenbremse, dass nach einer kurzen „keynesianischen Phase“ (Krugman nannte dies einen „keynesian moment“) nach Ausbruch der Finanzkrise die Hauptursache der Krise nicht mehr im Finanzsystem oder dem kapitalistischen System insgesamt gesehen wurde. Die Grundintention der Schuldenbremse ist vielmehr den fiskalpolitischen Spielraum für Staaten einzuengen, was auf der unter Mainstream-ÖkonomInnen dominierenden Ansicht basiert, Staatsschulden würden auf jeden Fall (zumindest ab einer bestimmten Höhe) die wirtschaftliche Entwicklung hemmen⁶. Die auch wirtschaftspolitische Wirkmächtigkeit dieser Ansicht wurde etwa anhand der Rezeption der Studien von Reinhart und Rogoff offenbar (vgl. Kapitel 3). So argumentieren etwa Heinemann et al. (2011), dass nur durch erzwungene fiskalpolitische Disziplin zukünftigen Vertrauenskrisen vorgebeugt werden könne. Und

⁵ Heise (2013) etwa bezeichnet Krugman wie auch Stiglitz in Abgrenzung zu heterodoxen ÖkonomInnen als „Dissenter“, die aber dennoch gerade durch ihre noch bestehende Anbindung an den Mainstream als „Promotoren“ eine wichtige Rolle in einer Entwicklung der Ökonomik zu mehr Pluralität führen könnten. Krugman hat in den USA vor allem auch durch seine publizistische Tätigkeit große Wirksamkeit. Zum großen Vertrauen von ÖkonomInnen in freie Märkte meint Krugman (2009) etwa: „Until the Great Depression, most economists clung to a vision of capitalism as a perfect or nearly perfect system. That vision wasn't sustainable in the face of mass unemployment, but as memories of the Depression faded, economists fell back in love with the old, idealized vision of an economy in which rational individuals interact in perfect markets, this time gussied up with fancy equations. The renewed romance with the idealized market was, to be sure, partly a response to shifting political winds, partly a response to financial incentives.“

⁶ Zwar wurde 2009 von Bofinger und Horn auch ein Aufruf mit dem Titel „Die Schuldenbremse gefährdet der gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“ verfasst. Betrachtet man allerdings die UnterstützerInnen dieses Appells so wird klar, dass die diskursive Macht innerhalb der Scientific Community wie auch im öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs nicht bei dieser Gruppe liegt (siehe Abb. 1). Zur Kritik an der Deutung zu hohe Staatsschulden seien Auslöser oder Ursache der Krise gewesen siehe etwa Horn et al. (2010), Truger/Will (2012) oder Mathieu/Sterdyniak (2010).

auch der damalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet meint in einem Gastkommentar in der FAZ (vom 26.3.2010) unter dem Titel „Ein Anker der Stabilität und des Vertrauens“: „Übertriebene Kurzfristorientierung kann und sollte jedoch durch fiskalische Regeln korrigiert werden, die auf Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen hinwirken. Beispiele hierfür sind der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die jüngst beschlossene, sehr zu begrüßende Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz.“

Somit wird die Krise im Laufe des Jahres 2009 immer weniger als Folge mangelnder Regulierung des Finanzsektors, der bewussten Schaffung und Tolerierung unregulierter Rahmen in Offshorezentren oder Regulierungsoasen (Ötsch et al. 2014) und auch nicht und nur nachrangig in illegalen Geschäften einzelne großer FinanzakteurInnen gesehen. Ebenso wenig wird die tendenzielle Zunahme von sozialer Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften (Piketty 2014, Stiglitz 2012) mit deren Krisenanfälligkeit in Verbindung gebracht. Vielmehr wird die Krise auf zu hohe Staatsausgaben und Staatsverschuldung und unverhältnismäßig hohe wohlfahrtsstaatliche Standards des europäischen Sozialstaatsmodells zurückgeführt. Wie sich im Fortlauf der Debatte zeigte, gewann diese Art der Krisenerklärung auch in den etablierten Parteien schnell an Bedeutung, wie sich in der Debatte über den Fiskalpakt eindringlich zeigte.

Betrachtet man etwa die Debatte in österreichischen Qualitätsmedien zum Fiskalpakt so ist hier eine Dominanz moralischer Argumentationsmuster für den Fiskalpakt zu konstatieren, wobei diese größtenteils als notwendige Reaktion auf ein „Über-die-Verhältnisse-Leben“ vor der Krise – Merkels grundlegendes Krisennarrativ – verstanden werden. „Harte Sanktionen“ sollte zukünftig alle jene „Budgetsünder“ treffen, die gegen die „strikten“ und „strengen fiskalpolitischen Spielregeln“ des Fiskalpakts verstoßen. Dieser verengte und moralisierte Diskurs über Wirtschaftspolitik, der in einer dichotome Unterteilung in „gute“ und „schlechte“ auch die VertreterInnen expansiver Fiskalpolitik moralisch abwertet, hat ebenfalls zur Folge, dass eine politisch-ideologische Debatte über grundsätzliche wirtschaftspolitische Zielsetzungen nach der Krisenerfahrung kaum stattfand (Pühringer 2014).

Wie in den vorangegangenen Beispielen wirtschaftspolitischer Debatten im Zuge der Finanzkrise bzw. auch der darauf folgenden europäischen Krisenpolitik sichtbar wurde, ist bis auf eine kurze Phase der Selbstkritik, in der auch eine Krise der Ökonomik konstatiert wurde, eine hohe Kontinuität marktliberaler Argumentationsmuster über die Krise hinweg zu konstatieren. Eine der schon angedeuteten möglichen Gründe für dieses „Verharren der Eliten“ (Schulmeister 2013) an neoliberalen Dogmen scheint in der sehr ungleichgewichtigen Verteilung ökonomischer Expertisen in

öffentlichen Debatten wie auch in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien⁷ zu liegen. Betrachtet man etwa die Diskurspräsenz wirtschaftspolitisch beratend aktiver ÖkonomInnen im öffentlichen Finanzkrisendiskurs in deutschsprachigen Qualitätsmedien im Zeitraum Sommer 2008 bis Sommer 2011 und setzt diese mit ihrem wissenschaftlichen Renommee in Verbindung, so ergibt sich das folgende Bild⁸.

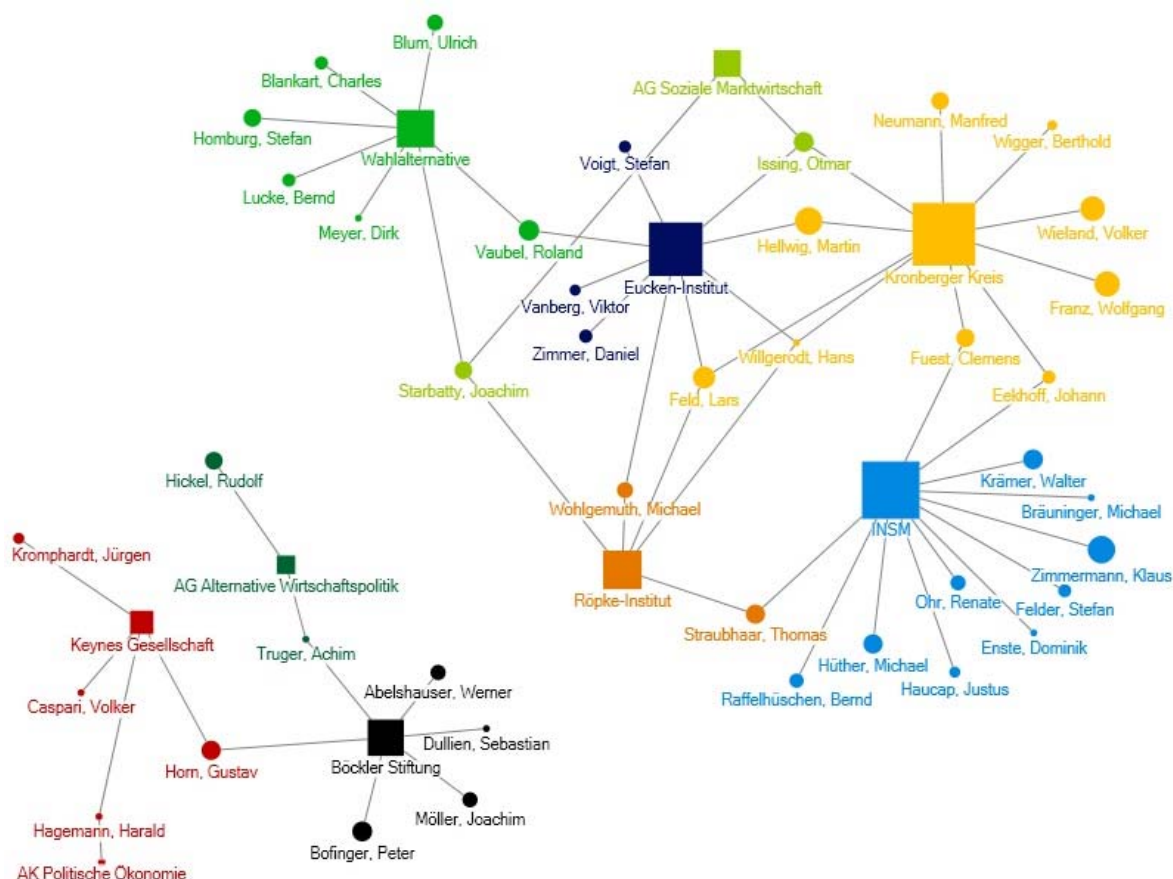


Abbildung 1: Verteilung ökonomischer Expertisen nach ihrer wirtschaftspolitisch-ideologischen Zuordnung zu Think Tanks und wirtschaftspolitisch beratenden Institutionen im Finanzkrisendiskurs (Pühringer/Hirte 2014:170).

⁷ Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (oder kurz „Rat der 5 Wirtschaftsweisen“). Hier herrscht seit ihrer Gründung 1963 eine 4+1-Regel vor, in der ein von den Gewerkschaften vorgeschlagener Sachverständiger die Rolle des „keynesianischen Außenseiters“ einnimmt (Hirte/Ötsch 2011). Seit 2004 ist Peter Bofinger dieser „Außenseiter“.

⁸ Die in Abbildung 1 dargestellte Gewichtung (also die Größe der Kreise bei der Person) setzt sich hier einerseits aus ihrer Diskurspräsenz (verstanden als Anzahl ihrer Nennungen im öffentlichen Finanzkrisendiskurs von Sommer 2008 bis Sommer 2011) und andererseits aus ihrer wissenschaftlichen Reputation (hier wurde die Position im Handelsblatt-Lebensranking 2012 herangezogen) zusammen. Wirtschaftspolitisch beratend aktiv heißt in diesem Zusammenhang, dass die ÖkonomInnen einem wirtschaftspolitischen Think Tank oder einer Institution angehören, die eine explizit wirtschaftspolitische Agenda aufweisen.

Stellt man also die Frage, welche ÖkonomInnen den öffentlichen massenmedialen Diskurs zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Zuge der Finanzkrise bestimmt haben, so zeigt Abbildung 1 hier ein klares Bild. In der linken unteren Ecke ist eine kleine Gruppe von ÖkonomInnen rund um die Böckler-Stiftung und die Keynes-Gesellschaft auszumachen, die einem gewerkschaftsnahen Umfeld zuzuordnen sind (für den AK Politische Ökonomie trifft dies in seiner Gesamtheit nicht zu). Am rechten oberen Rand hingegen ist eine stark vernetzte Gruppe von ÖkonomInnen zu sehen, die in einer Reihe von „ordo/neoliberalen“ Think Tanks und in der wirtschaftspolitischen Beratung aktiven Institutionen organisiert sind⁹. Es kann also konstatiert werden, dass der massenmediale öffentliche deutschsprachige Diskurs auch in der Krise von ÖkonomInnen dominiert wird, deren zugrundeliegende ideologische Ausrichtung stark von einem neoliberalen Mainstream geprägt wird, wie sich in der Zentralität von Think Tanks wie dem INSM, dem Kronberger Kreis und mittelbar der Mont Pelerin Society (MPS) sowie auch deren gegenseitige Verbundenheit zeigt. So haben etwa ca. 85% der ÖkonomInnen in diesem „ordo/neoliberalen Netzwerk“, denen es wegen ihres damaligen Alters und ihrer damaligen Position möglich war, 2005 den neoliberalen Hamburger Appell unterzeichnet, in dem dezidiert eine stärkere Lohnspreizung gefordert wurde, wobei sarkastisch angemerkt wurde, dass „eine Abfederung dieser Entwicklung (nur ...) durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich“ (Funke et al. 2005) sei. Alternative, heterodoxe, dem Mainstream entgegengewandte polit-ökonomische Think Tanks wie die Keynes-Gesellschaft oder die AG Alternative Wirtschaftspolitik spielen hingegen eine klar untergeordnete Rolle, bzw. werden an den Rand gedrängt.

Indes hat sich im Zuge der Finanzkrise und der nachfolgenden Debatte zur europäischen Krisenpolitik auch ein verstärktes politisches Aktiv-Werden von ÖkonomInnen gezeigt. Exemplarisch kann dies etwa am Beispiel der „Alternative für Deutschland“ (AfD), als Nachfolgerin der in Abbildung 1 angeführten „Wahlalternative“ dargestellt werden.

Die Formierung der AfD ist ebenfalls als Reaktion auf die europäische Krisenpolitik als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu verstehen. Zentrale Forderung der „Ein-Themen-Partei“ wie die AfD in den Massenmedien oftmals titulierte wird, ist die Auflösung des Euro-Währungsgebietes und die Wiedereinführung nationaler Währungen (vgl. AfD 2013). Vor allem Deutschland solle nicht mehr länger gezwungen werden für die Schulden anderer Staaten im Euroraum einzustehen und könne das Austrittsrecht aus dem Euro auch erzwingen, „indem es weitere Hilfskredite des ESM mit seinem Veto

⁹ Klarerweise sind innerhalb des Neoliberalismus, wie in Kapitel 2 ausgeführt eine Reihe heterogener ökonomietheoretischer Ansätze zu subsumieren. Bei allen Unterschieden ihrer theoretischen Ansätze, sind sie einander in ihren grundlegenden wirtschaftspolitischen Positionen und hierbei vor allem in ihrem Fokus auf den Marktmechanismus mit dem Primat der wirtschaftlichen Freiheit meist sehr ähnlich (Ötsch 2009).

blockiert“. (AfD 2013). Die EU hingegen sollte „durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung verschlankt“ werden.

Eine weitere Besonderheit der AfD stellt ihre personelle Zusammensetzung dar. Im massenmedialen Diskurs wird die Partei auch als „Professorenpartei“ oder „Ökonomenpartei“ bezeichnet. Tatsächlich stehen sowohl an der Parteispitze mit Bernd Lucke also auch mehrheitlich im Wissenschaftlichen Beirat der AfD ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre. Die zentrale Rolle in der AfD wird von Bernd Lucke, als Mitglied des Sprecherrates eingenommen. Der Sprecherrat gehören außerdem noch Konrad Adam, langjähriger Redakteur in der „Welt“ und der „FAZ“ und die Unternehmerin Frauke Petry an. Lucke trat erstmals 2005 mit dem gemeinsam mit Thomas Straubhaar und Michael Funke verfassten Hamburger Appell (Funke et al. 2005) in öffentliche Erscheinung. Im Hamburger Appell, der unter dem Slogan „250 Professoren, 10 Thesen, eine Meinung“ im Vorfeld der Bundestagswahl verfasst wurde und über eine gemeinsam mit der als neoliberalen advokatorischen Think Tank (Speth 2004, 2006) eingestuften Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) gestalteten Anzeigenserie in der „Welt“ öffentliche Aufmerksamkeit erreichte (INSM 2005), wurde schon ein „erschreckender Mangel an ökonomischen Sachverstand“ (Funke et al. 2005:1) in der politischen Debatte Deutschland attestiert. Die ideologische Grundbotschaft des Hamburger Appells lässt sich am besten in der in der Anzeigenserie von Joachim Starbatty (INSM 2005:5) vertretenen These „ Wer Märkte stört, mindert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage“ ausdrücken. Lucke war 2010 auch der Initiator des „Plenums der Ökonomen“, einer Online-Vollversammlung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, der deutschen wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre im der politischen Debatte „in ausreichendem Maße Gehör zu verschaffen“ (Lucke 2010). Die Gründung der Wahlalternative 2013, die schließlich in der Gründung der AfD mündete ist in diesem Zusammenhang als vorläufiger Kulminationspunkt in Luckes Versuch politischen Einfluss zu nehmen, zu sehen.

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der AfD ist der gemeinsam mit Lucke schon im Hamburger Appell aktive Ökonom Joachim Starbatty, der in einer Reihe ordo/neoliberaler Stiftungen und Vereine (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Röpke-Stiftung, INSM und auch Mitglied der MPS) aktiv ist. Starbatty hat außerdem gemeinsam mit Wilhelm Hankel gegen die Euro-Einführung und den Euro-Rettungsfond geklagt. Politisch war Starbatty schon für die Partei „Bund freier Bürger“, einer rechtspopulistischen Splittergruppe der FDP tätig (vgl. Hirte 2013). Starbatty war auch AfD-Kandidat für die Bundestagswahl in Berlin. Unter den ÖkonomInnen die den Wissenschaftlichen Beirat der AfD bilden, finden sich neben einer Reihe erklärte Neoliberaler auch Personen wieder, die ein sehr elitäres Verständnis von Demokratie vertreten, als erklärte Gegner des

Sozialstaates gelten oder ein reaktionär-konservatives Gesellschaftsbild vertreten¹⁰. Der angesprochene Zweiklang aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und reaktionär-chauvinistischem Gesellschaftsbild ist ein Merkmal, das sich zudem auch in der Tea-Party findet, weshalb die AfD teilweise auch mit der Tea-Party verglichen wird (vgl. Berger 2013; Kemper 2013)

5. Fazit

In einem Interview im November 2009 meinte Kurt W. Rothschild: „Jeder Tag Krise ist ein Tag des Lernens, ein window of opportunity, aber dieses Fenster wird immer kleiner, wenn nicht rasch grundsätzliche Veränderungen in der Finanzwirtschaft stattfinden.“ Nur wenige Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise scheint es als sei dieses Fenster für gesellschaftskritische, dem neoliberalen Paradigma entgegengesetzte politische Bewegungen weitgehend geschlossen. Zumindest konnten alternative wirtschaftspolitische Konzepte mittelfristig nur geringe politische Wirkmacht entwickeln (Schulmeister (2014) zeigte dies kürzlich etwa am Beispiel der gescheiterten Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer). Vielmehr ist seit 2009 einerseits zu beobachten, dass in der diskursiven Umdeutung der Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise neoliberale Wirtschaftskonzepte etwa im Fiskalpakt stärker denn je Leitlinie europäischer Krisenpolitik sind.

Andererseits konnte man auch beobachten, dass Bewegungen und Parteien entstehen, die die wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen der Krise für eine Neubelebung marktliberalen Gedankenguts zu nützen versuchen. So berufen sich Parteien oder ihrem Selbstverständnis nach „politische Bewegungen“ wie die Tea Party in den USA, die Alternative für Deutschland oder in teilweise modifizierter Form auch das Team Stronach oder die NEOS in Österreich in ihren wirtschaftspolitischen Konzeptionen auf das Primat der wirtschaftlichen Freiheit (Plehwe/Schlögel 2014, Pühringer/Ötsch 2013).

Zugleich zeigt sich aber auch in etablierten Großparteien in Österreich und Deutschland, dass ein der Grundintention nach liberales Politikverständnis durch die Krise eher gestärkt denn geschwächt scheint. So meinte Merkel (zit. nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2011) bekanntlich 2011 im Rahmen einer Pressekonferenz: „Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“. In der Debatte um den Fiskalpakt zeigte sich ebenfalls, dass diese Unterordnung politischer Entscheidungsfindungsprozesse unter „die Märkte“, sei dies in Gestalt von Ratingagenturen oder einer für neoliberale

¹⁰ So forderte Peter Oberender, dass Hartz IV-BeraterInnen ihre Organe verkaufen können sollten und Roland Vaubel die Aberkennung des passiven Wahlrechts für untere Schichten (Berger 2013). Einer der Sprecher der AfD, Konrad Adam, wiederum trat schon mehrmals mit „homophober Familienpolitik“ in Erscheinung (Häusler im Handelsblatt vom 15.7.2013; Kemper 2013).

Lobbyingstrukturen besonders empfänglichen EU-Kommission, in vielen Argumentationsmustern offenbar wird. So mahnte der deutsche Finanzminister Schäuble in den „Salzburger Nachrichten“ vom 20.12.11 mit Bezug auf den Fiskalpakt: „Die Märkte wollen Taten sehen“. Noch klarer wird die damalige österreichische Finanzministerin Fekter im Standard vom 2.6.2012, wenn sie ausführt: „die Freiheit seine Budgets selber in die Hand zu nehmen, werden nur mehr jene haben, die sich an die Spielregeln halten.“

Zusammenfassend ist auf politischer Ebene unterbrochen durch einen kurzen „keynesiansischen Moment“ eine große Kontinuität neoliberaler Wirtschaftspolitik zu konstatieren. Dazu kommt, dass innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Scientific Community und hier wiederum insbesondere im Feld der wirtschaftspolitischen Beratung während der Krise eine massive Schiefelage der Expertise zu beobachten ist. Besieht man also die netzwerkartigen Beziehungen der wichtigsten öffentlichkeitswirksamen ÖkonomInnen im deutschsprachigen Diskurs zur Krise, so kann hier ein dominantes sehr dichtes Netzwerk aus „ordo/neoliberalen“ Think Tanks und in der wirtschaftspolitischen Beratung tätigen Institutionen mit relativ klarer ideologischer Zuordnung konstatiert werden. Ob sich hier die herrschenden Gedanken oder die Gedanken der Herrschenden widerspiegeln ist nicht weiter von Bedeutung. Neoliberale Wirtschaftspolitik scheint heute wirkmächtiger denn je, gerade auch nach und in einer tiefgreifende Krise gerade dieser. Crouch (2011:179) meinte 2011 zur Erklärung „Befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“: „Summing up (...) what remains of neoliberalism after the financial crisis, the answer must be ‘virtually every-thing.’ The combination of economic and political forces behind this agenda is too powerful for it to be fundamentally dislodged from its predominance“. Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Kurt W. Rothschild (2009): „Letztendlich ist ein demokratisch-partizipatorischer Anspruch immer auch eine Frage der Machtverhältnisse. Und man muss in der Öffentlichkeit einfach den Sinn bewahren, dass eine Alternative möglich ist, und gegen den Glauben antreten, dass der Kapitalismus die einzige Option ist.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

6. Literatur

- Acemoglu, D. (2009): „The Crisis of 2008: Structural Lessons For and From Economics.“ CEPR Policy Insight 28, January. www.cepr.org/pubs/PolicyInsights/PolicyInsight28.pdf.
- Alternative für Deutschland (2013): Unser Wahlprogramm. URL: www.alternativefuer.de/de/wahlprogramm.html (dl: 21.7.2013)
- Atkinson, Anthony B (2008): The Changing Distribution of Earnings in OECD countries. Oxford
- Berger, J. (2013): Können Marktradikale und Nationalchauvinisten eine „Alternative für Deutschland“ sein? In: Nachdenkseiten. Die kritische Website. URL:www.nachdenkseiten.de/?p=16524 (dl: 21.7.2013).
- Bofinger, P./Horn, G.A. (2009): Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder. URL: www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf (dl: 2.3.2010)

- Carrick-Hagenbarth, J./Epstein, G. (2012): Dangerous interconnectedness: economists' conflicts of interest, ideology and financial crisis. *Cambridge Journal of Economics*, Volume 36 (1), 43-63.
- Crouch, C. (2011a): *The strange non-death of neoliberalism*. Cambridge: Polity Press.
- Colander, D./Föllmer, H./Haas, A./Goldberg, M./Juselius, K./Kirman, A./Lux, T./Sloth, B. (2009): "The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics". Discussion Paper 09-03. University of Copenhagen. Department of Economics.
- Epstein, G./ Carrick-Hagenbarth, J. (2010): "Financial Economists, Financial Interests and Dark Corners of the Meltdown: It's Time to Set Ethical Standards for the Economics Profession." Working Papers Series No 239, Political Research Institute University of Massachusetts Amherst.
- Ferguson, C. (2010): *Inside Job*. Dokumentarfilm.
- Friedman, M. (2002/1962): *Kapitalismus und Freiheit*. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag
- Funke, M./Lucke, B./Straubhaar, T. (2005): *Hamburger Appell*. URL: www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf (dl: 22.03.2013)
- Gall, F. (2013): Neoliberale Wirtschaftspolitik in Österreich. *WISO* 36(4), 195-215.
- Griesold, A./Maderthaler, W./Penz, O. (2010, Hg.): *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich*. Wien: Böhlau Verlag.
- Habermann, G. (2008): *Philosophie der Freiheit. Ein Friedrich-August-von-Hayek-Brevier*. Bern: Hep Verlag
- Hayek, F.A. von (1949): *Intellectuals and Socialism*. *University of Chicago Law Review*, Vol. 16(3):417-433.
- Hayek, F.A. von (1971): *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Hayek, F.A. von (1981): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 3: Die Verfassung einer „Gesellschaft freier Menschen“*. Landsberg am Lech: Verlag moderne Industrie
- Heinemann, F./Mössinger, M.-D./Osterloh, S. (2011): *Nationale Fiskalregeln – Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen? Summary of a research study by the Centre for Economic Research Mannheim.* Monthly Report of the Germany Ministry of Finance (BMF), August: 58-66.
- Heise, A. (2013): *Die Perspektiven der Erneuerung der Wirtschaftswissenschaft in einem Lakatos-Bourdieu-Analyserahmen*. ZÖSS-Discussion Paper 39.
- Herndon, T./Ash, M./ Pollin, R. (2013): *Does High Public Debt Consistently Stifle Economic Growth*. Political Economy Research Institute. Working Paper Series, No. 322, April 2013
- Hirte, K. (2013). *ÖkonomInnen in der Finanzkrise. Diskurse, Netzwerke, Initiativen*, Marburg.
- Hirte, K. (2013). *ÖkonomInnen in der Finanzkrise. Diskurse, Netzwerke, Initiativen*. Marburg: Metropolis.
- Hirte, K./Ötsch, W.O. (2011): *Institutionelle Verfestigung von paradigmatischer Ausrichtung – Das Beispiel Sachverständigenrat*. In: *Prokla* 164, 423-446.
- Horn, G./Niechoj, T./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010): *Reforming the European Stability and Growth Pact: Public Debt is Not the Only Factor, Private Debt Counts as Well*. IMK Report, Nr. 51e, July 2010.
- INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) (2005): *250 Professoren – 10 Thesen – 1 Meinung. Anzeigenstrecke der INSM im Zuge des Hamburger Appells*. URL: http://www.insm.de/Downloads/PDF__Dateien/Anzeigen/Hamburger_Apell/INSM_Anzeigenstrecke_Hamburger_Apell.pdf (dl: 22.03.08)
- Kapeller, J./Pühringer, S. (2012): *Democracy in liberalism and neoliberalism. The Case of Popper and Hayek*. ICAE Working Paper Series 10.
- Kemper, A. (2013): *Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.* Münster: edition assemblage.
- Kentikelenis, A./Karanikolos, M./Reeves, A./McKee, M./Stuckler, D. (2014): *Greece's health crisis: from austerity to denialism*. *The Lancet*, Vol 383, Issue 9918, 748-753.
- Klein, N. (2007): *Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag
- Kondilis, E., G. Stathis, M. Gavana, I. Ierodiakonou, H. Waitzkin, A. Benos (2013) *Economic Crisis, Restrictive Policies, and the Population's Health and Health Care: The Greek Case*, *American Journal of Public Health* Vol. 103, No. 6, 973-979
- Krugman, Paul (2009): *How Did Economists Get It So Wrong?* In: *New York Times Magazine* vom 02. September 2009. In: <http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html> (dl 20.01.2010).

- Lucke, B. (2010): Gründungsaufwurf. Homepage Plenum der Ökonomen. http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375 (dl 07.10.11).
- MacKenzie, D./Muniesa, F./Siu, L. (2007): *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*, University Press Princeton.
- Mathieu, C./Sterdyniak, H. (2010): *European Debt Crisis and Fiscal Exit Strategies*. OFCE working paper, No. 2010-11.
- Mirowski, P./Plehwe, D. (2009, Hg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge / London: Harvard University Press
- Mittnik, S./Semmler, W. (2013): *The Real Consequences of Financial Stress*. SFB 649 Discussion Papers SFB649DP2013-011, Humboldt University, Berlin, Germany.
- Nordmann, J.(2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus – Vom Roten Wien zum Freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*. Hamburg: VSA.
- Neubäumer, R. (2011): *Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise*. Wirtschaftsdienst 2011/12, S. 827-833
- Oberndorfer, L. (2012a): *Vom neuen autoritären Konstitutionalismus*. Kurswechsel 2/2012
- Oberndorfer, L. (2012b): *Der Fiskalpakt – Umgehung der „europäischen Verfassung“ und Durchbrechung demokratischer Verfahren? Juridikum 2/2012*, 168-181
- OECD (2014): *Society at a Glance 2014*. OECD Social Indicators. The crisis and its aftermath. OECD Publishing. URL: http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2014-en (dl: 12.7.2014)
- Ötsch, W.O./Grözinger, G./Beyer, K. M./Bräutigam, L.(2014,Hg.): *The Political Economy of Offshore Jurisdictions*. Marburg: Metropolis Verlag.
- Ötsch, W.O.(2009): *Mythos Markt*. Marburg: Metropolis
- Piketty, T. (2014): *Capital in the 21st century*. Harvard University Press.
- Pühringer, S. (2014): „Harte“ Sanktionen für „budgetpolitische Sünder“ Diskursanalytische Aufarbeitung der Argumentationsmuster für den Fiskalpakt in meinungsbildenden österreichischen Medien. *Momentum Quarterly* (forthcoming)
- Plehwe, D./Schlögl, M. (2014): *Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)*. WZB-Working Paper SP III 2014-501.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2011): *Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 1.9.2011*.
- Pühringer, S./Hirte, K. (2014): *ÖkonomInnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht*. WISO 37(1), 159-178.
- Pühringer, S./Ötsch, W.O. (2013): *Team Stronach: eine österreichische Tea Party? Neoliberalismus 2.0 nach der Krise*. ICAE Working Paper Series, Nr. 19. ICAE Universität Linz.
- Reinhart, C.M./Rogoff, K. S. (2010a): *Growth in a Time of Debt*. *American Economic Review: Papers & Proceedings*, 100(2), 573-578.
- Reinhart, C.M./Rogoff, K. S. (2010b). *Growth in a Time of Debt*. Working Paper 15639, National Bureau of Economic Research
- Rothschild, K.W. (2009): *Wenn man die Welt ändern will, muss man die Wirtschaft ändern*. Interview im Wespennest 157/2009. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2009-11-18-rothschild-de.html> (dl: 12.3.2012)
- Schneider, F./ Kirchgässner, G. (2009): *“Financial and world economic crisis: What did economists contribute?”* *Public Choice* 140 (3-4), 319-327.
- Schulmeister, S. (2012): *EU-Fiskalpakt: Strangulierung von Wirtschaft und Sozialstaat*.
- Schulmeister, S. (2013): *Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2013: 39-49
- Schulmeister, S. (2014): *The Struggle Over the Financial Transactions Tax –A Politico-economic Farce*. WIFO-Working Paper 474/2014.
- Sinn, H.-W. (2009): *Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist*. Berlin: Econ Verlag.
- Speth, R. (2004): *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, Düsseldorf (Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier Nr. 96).

- Speth, R. (2006): Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Berlin (Friedrich Ebert Stiftung, betrifft: Bürgergesellschaft 24)
- Stiglitz, J. E. (2012): The price of inequality: How today's divided society endangers our future. New York, London, WW Norton & Company
- Truger, A./Will, H. (2012): The German 'debt brake' – a shining example for European fiscal policy?. Institute for International Political Economy Berlin. Working paper No.15/2012
- Turowski, J./Mikfeld, B. (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse. Werkbericht 3. Denkwerk Demokratie.